

## Beschluss

Abschiebehaft aus Bundesrecht streichen

Gremium: LPT  
Beschlussdatum: 24.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

### Antragstext

- 1 Als Verfechterin der allgemeinen, universellen Menschenrechte, stellen sich
- 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein gegen jeden Versuch, Menschen, die
- 3 keine Straftat begangen haben, zu inhaftieren.
- 4 Wir, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN SH, lehnen Abschiebehafteinrichtungen als
- 5 Zwangsmaßnahme zur Durchsetzung einer (vermeintlich) vollziehbaren
- 6 Ausreisepflicht grundsätzlich ab. Wir setzen uns für mildere Mittel ein.
- 7 Europäische und Bundesgesetze müssen dahingehend geändert werden, dass es gar
- 8 nicht möglich ist, Abschiebungshaft anzuordnen.
- 9 Solange diese bundes- und europarechtlichen Regelungen bestehen, die wir für
- 10 falsch halten, sind die Bundesländer in der Pflicht auszuführen. Deshalb setzen
- 11 wir GRÜNE uns dafür ein, dass in der Abschiebhaftereinrichtung in Glücksstadt
- 12 Mindeststandards zu berücksichtigen sind, so wie im Koalitionsvertrag
- 13 festgehalten.
- 14 Wir lehnen außerdem die Pläne des Bundesinnenministers ab, Menschen in
- 15 Justizvollzugsanstalten unterzubringen, statt in Abschiebehafteinrichtungen und
- 16 damit das Trennungsgebot nach europäischem Recht aufzuheben. Auch halten wir für
- 17 rechtsstaatlich untragbar, Menschen ohne Richtervorbehalt zu inhaftieren, wie
- 18 vom Bundesinnenminister beabsichtigt.
- 19 Flucht ist kein Verbrechen! - Kein Mensch ist illegal!